



## Auszug aus der Niederschrift

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Hennef hat in seiner Sitzung am 05.05.2021 folgenden Beschluss gefasst:

TOP	Beratungsgegenstand
-----	---------------------

- 1.7 Satzung der Stadt Hennef zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern  
hier: Erlass der 7. Änderungssatzung

Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis90/Die Grünen begrüßten den Vorschlag der Verwaltung.

Die CDU-Fraktion (Herr Schubert) bedankte sich für den Vorschlag und beantragte folgende Änderung:  
Die Einkommensgruppen 2 und 3 werden freigestellt. Die Einkommensgruppe 4 wird lediglich bis zu 25 Wochenstunden freigestellt. Es werden keine neuen Einkommensgruppen eingeführt.

Herr Schmitz von der CDU-Fraktion erklärte, dass er unabhängig von dem Vorschlag seiner Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen werde.

Herr Siefen von der FDP-Fraktion bedankte sich für den Vorschlag und beantragte folgende Änderung:  
Die Einkommensgruppen 2 und 3 werden freigestellt. Die Einkommensgruppe 4 wird nicht freigestellt. Es werden keine neuen Einkommensgruppen eingeführt.

Die Ausschussmitglieder berieten über die Änderungsvorschläge.

Die FDP-Fraktion zog ihren Änderungsantrag zurück und schloss sich dem Antrag der CDU-Fraktion an.

Der Vorsitzende Herr Laudan bat zunächst um Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion:  
Die Einkommensgruppen 2 und 3 werden freigestellt. Die Einkommensgruppe 4 wird lediglich bis zu 25 Wochenstunden freigestellt. Es werden keine neuen Einkommensgruppen eingeführt.

Der Jugendhilfeausschuss lehnte mehrheitlich mit 11 Gegenstimmen und 4 Zustimmungen (drei Stimmen der CDU-Fraktion, Frau Kugland, Herr Schubert, Herr Laudan und eine Stimme der FDP-Fraktion, Herr Siefen) den Änderungsantrag ab.



# Hennef

DER BÜRGERMEISTER

Herr Laudan bat sodann um Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Der Jugendhilfeausschuss beschloss mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen (Frau Kugland von der CDU-Fraktion und Herr Siefen von der FDP-Fraktion):

Der Jugendhilfeausschuss, der Ausschuss für Schule, Weiterbildung und Sport sowie der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfehlen dem Rat der Stadt Hennef, die Änderung der „Satzung der Stadt Hennef zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern vom 26.03.2012 (Elternbeitragsatzung)“ in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) zu beschließen.

Hennef, den 09.06.2021

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'N. Henk'. The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke extending to the right.

Schriftführerin  
Nathalie Henk



## Auszug aus der Niederschrift

Der Ausschuss für Schule, Weiterbildung und Sport der Stadt Hennef hat in seiner Sitzung am 06.05.2021 folgenden Beschluss gefasst:

TOP	Beratungsgegenstand
1.3	Satzung der Stadt Hennef zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern hier: Erlass der 7. Änderungssatzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Veronika Herchenbach-Herweg, empfahl den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass der Jugendhilfeausschuss sowie der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss nicht erwähnt werden. Dementsprechend beschloss der Ausschuss für Schule, Weiterbildung und Sport mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen der FDP-Fraktion und sechs Enthaltungen seitens der CDU-Fraktion:

Der Ausschuss für Schule, Weiterbildung und Sport empfiehlt dem Rat der Stadt Hennef, die Änderung der „Satzung der Stadt Hennef zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern vom 26.03.2012 (Elternbeitragssatzung)“ in der vorliegenden Fassung zu beschließen.

Hennef, den 09.06.2021

Schriftführerin  
Christina Balaban



## Auszug aus der Niederschrift

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss der Stadt Hennef hat in seiner Sitzung am 10.05.2021 folgenden Beschluss gefasst:

TOP	Beratungsgegenstand
-----	---------------------

- |     |  |
|-----|--|
| 1.3 | Satzung der Stadt Hennef zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern<br>hier: Erlass der 7. Änderungssatzung |
|-----|--|

(Empfehlung des Jugendhilfeausschusses vom 05.05.2021)

Es ergab sich eine rege Diskussion unter der Beteiligung aller Fraktionen.

Herr Offergeld (CDU-Fraktion) erläuterte zunächst, dass es sich bei dem Thema Elternbeiträge um kein einfaches Thema handelt und dieses intensiv in der Fraktion beraten wurde. Seitens der CDU-Fraktion stellte sich die Frage einer Belastungsgrenze. Neue Einkommensgrenzen würden eingefügt und andererseits sollen Einkommensgruppen freigestellt werden. Besonders junge Familien sind davon stark betroffen, da ca. 13-17% des Netto-Einkommens an die Kinderbetreuung gezahlt werden.

Seitens der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion sowie der Fraktion Die Unabhängigen wurde ein Änderungsantrag gestellt:  
Einkommensklassen bis 30.000 € sollen beitragsfrei für Kitas und Offene Ganztagschulen werden, alle anderen Einkommensklassen bleiben unverändert. In den nächsten zwei Jahren wird auf die Erhöhung der Beiträge um 5% verzichtet.

Eine finale Entscheidung soll im Rat getroffen werden.

Herr Marx (FDP-Fraktion) schloss sich den Äußerungen von Herrn Offergeld (CDU-Fraktion) an. Er betonte, dass Kindergartenbeiträge bestenfalls ganz abgeschafft werden sollten. Der Fokus müsse auf den Mittelstand gerichtet werden und eine Belastung sollte vermieden werden, da der Mittelstand bedingt durch die Corona-Pandemie einer erhöhten Belastung ausgesetzt sei.

Frau Meyer (SPD-Fraktion) beantragte eine Sitzungsunterbrechung.

### **Beschluss- Nr. 39**

Herr Bürgermeister Dahm ließ über den Geschäftsordnungsbeschluss auf Sitzungsunterbrechung abstimmen. Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss die Sitzungsunterbrechung einstimmig. Die Sitzung wurde um 17:15 unterbrochen.

Herr Bürgermeister Dahm eröffnete die Sitzung wieder um 17:25 Uhr.

Frau Meyer (SPD-Fraktion) bedankte sich für die Sitzungsunterbrechung und für die Möglichkeit der Beratung. Inhaltlich betonte Frau Meyer, dass die SPD-



Fraktion sowie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen grundsätzlich für die Beitragsfreiheit seien und die Landesregierung hier in der Pflicht stehe. Allerdings beantragten die SPD-Fraktion sowie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Vertagung des Tagesordnungspunktes 1.3 in den Rat mit vorheriger Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses. Frau Meyer (SPD-Fraktion) merkte außerdem an, dass die Stadt Hennef (Sieg) zurzeit im Haushaltssicherungskonzept sei und eine Gegenfinanzierung der genannten Maßnahmen von CDU, FDP und Die Unabhängigen nicht genannt wurden.

Herr Bürgermeister Dahm fasste die Redebeiträge zusammen und hielt fest, dass alle dem Vorschlag der Verwaltung zustimmten, die Einkommensgruppen bis 30.000 € für Kitas und Offene Ganztagschulen beitragsfrei zu stellen und im Übrigen auf die Beitragserhöhung um 5% für die beiden nächsten Jahre auszusetzen. Strittig sei allerdings, ob es wie in Nachbarkommunen mehr Einkommensgruppen geben soll oder nicht. In einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses soll die Thematik diskutiert werden und final dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden.

Herr Offergeld (CDU-Fraktion) sowie Herr Marx (FDP-Fraktion) stehen der weiteren Beratung im Jugendhilfeausschuss skeptisch gegenüber. Wenn die Mehrheit im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss die Satzung beschließt, dann sei dies ein Votum mit dem man sich beschäftigen müsse.

Frau Meyer (SPD-Fraktion) führte aus, dass die Verwaltung die Satzung mit den eingebrachten Ideen überarbeiten solle. Ein wichtiges Thema, welches Beachtung finden muss, sei die Refinanzierung und wie die Lücken gefüllt werden. Es wurde die Vertagung in den Rat sowie die Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses nochmals betont.

Herr Ecke (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) stimmte dem Wortbeitrag von Frau Meyer (SPD-Fraktion) bezüglich der Refinanzierung zu und betonte, dass aufgezeigt werden muss, wie die Lücken geschlossen werden, wenn die Beitragsfreistellung kommt. Die Verwaltung soll bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses Zahlen erarbeiten und dies dem Rat zu einer Entscheidung vorlegen.

#### **Beschluss-Nr. 40**

Herr Bürgermeister Dahm ließ über den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung in den Jugendhilfeausschuss sowie in den Rat abstimmen:

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig bei Stimmen des Bürgermeisters, der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bei Enthaltungen der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion sowie der Fraktion Die Unabhängigen den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Hennef, den 09.06.2021

gez.  
Stellv. Schriftführerin  
Christina Viehof